

Frage an Bürgermeister-StV.ⁱⁿ Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 10.04.2014

von

KO Dr. Gerhard Wohlfahrt

Betrifft: Kürzungen der Mittel für die berufliche Integration von behinderten Menschen durch das Land Steiermark

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, liebe Martina!

Im Oktober 2012 kündigte Soziallandesrat Schrittwieser bei der Präsentation des Doppelbudgets 2013/2014 Kürzungen des Landes im Bereich der beruflichen Integration von behinderten Menschen im Ausmaß von 8 Mio. € an. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde in Begutachtung geschickt. Gleichzeitig wurde vom Soziallandesrat angekündigt, dass er mit dem Bund bezüglich der Übernahme der vom Land zur Einsparung vorgesehenen Mittel in Verhandlungen treten werde. Diese Verhandlungen werden zwar seit geraumer Zeit geführt, jedoch nach wie vor ohne jegliches Ergebnis.

Angesichts der Budgetverhandlungen auf Landesebene und der, von Soziallandesrat Schrittwieser mehrfach öffentlich getätigten Aussage, im Bereich der beruflichen Integration von behinderten Menschen Einsparungen erzielen zu wollen, ist damit zu rechnen, dass ein entsprechendes Gesetz noch vor dem Sommer im Landtag eingebracht und beschlossen wird und das ohne Absicherung der Kostenübernahme durch den Bund.

Daher stelle ich an Dich folgende Frage:

Was gedenkst Du als Sozialstadträtin im Falle der Kürzung der Mittel für die berufliche Integration für behinderte Menschen durch das Land im angekündigten Ausmaß zu tun, um die Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation behinderter Menschen, auf die Beschäftigungssituation bei Einrichtungen der Behindertenhilfe in Graz sowie auf die auf die Kostenentwicklung in anderen Bereichen (z.B. Mindestsicherung) so gering als möglich zu halten?